DIE LINKE.PDS

EuropäischeLINKE

Im Gespräch

April 2007

Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin

Auf ein Wort…

von Sascha Trutt

Mit diesem Artikel möchte ich euch in konzentrierter Form über den Parteitag in Dortmund informieren. Da für unsere Mitgliederversammlung am 13. April dazu eine ausführliche Darstellung von mir geplant ist, werde ich mich hier relativ kurz fassen.

Zunächst möchte ich festhalten, dass, entgegen vieler Medienberichte während und unmittelbar nach diesem Delegiertentreffen, die uns, soweit ich es mitbekommen habe, oftmals schon am Rande des Scheiterns gesehen haben, dies zu keiner Zeit der Fall war. Zwar ging es gerade am zweiten Tag in beiden Sälen – bei uns und mehr noch bei der WASG nebenan – teilweise recht kontrovers und etwas konfus zu, sodass Gregor Gysi sich in seiner Rede mit den Worten: „Heute wurden wir wieder ein bisschen wie früher." an alte Zeiten aus den Anfängen der PDS erinnert fühlte. Alles in allem haben wir in diesem schwierigen Abstimmungsmarathon, in dem es in erster Linie um die Verabschiedung der vier fundamentalen Gründungsdokumente der neuen Partei *DIE LINKE.* (Programmatische Eckpunkte, Bundessatzung, Bundesfinanzordnung und Schiedsordnung) ging, gemeinsam mit unseren Freunden von der WASG aber einmal mehr unsere Diskutierfreudigkeit und gleichzeitig unsere demokratische und produktive Streitkultur unter Beweis gestellt.

Im Interesse der in den letzten Wochen und Monaten in beiden Parteien mühsam und verbunden mit großen Zugeständnissen auf beiden Seiten ausgehandelten Kompromisse, wurden auf unserem Parteitag am Sonnabend die meisten noch eingebrachten Änderungsvorschläge nach teils engagierten Debatten mehrheitlich abgelehnt und die Dokumente in der „ersten Lesung" ziemlich zügig bestätigt. Aus diesem Grund konnte der erste Tag auch völlig überraschend weit vor dem Zeitplan beendet werden. Die gewonnene Freizeit nutzten einige von uns Delegierten dazu, sich im Nebensaal ein persönliches Bild vom Verlauf der Debatte bei der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu machen. Hier, wo es von Anfang an bedeutend mehr Änderungsanträge aus der Mitgliedschaft gab, dauerte es bis in den späten Abend hinein, die Tagesordnung abzuarbeiten, sodass sich die Antragskommissionen beider Parteien den Großteil der Nacht um die Ohren schlagen mussten.

Im Ergebnis hatten wir Delegierten am Sonntagmorgen die jeweils von der anderen Seite modifizierten Dokumente vor uns liegen und mussten die von unseren zukünftigen Genossen am Vortag beschlossenen Änderungen in einer „zweiten Lesung" beraten und über ihre Aufnahme in unseren Kanon abstimmen. Dabei wurden mehrere sinnvolle Ergänzungen, wie beispielsweise die Festschreibung des Renteneintrittsalters bei 60 Jahren in den Programmatischen Eckpunkten, noch in die Texte aufgenommen, um eine möglichst hohe Akzeptanz in der Endabstimmung zu gewährleisten. Diese Zustimmung, die an sehr hohe Quoten (Zweidrittelmehrheit) geknüpft war, wurde schließlich auch für alle vier Gründungsdokumente auf beiden Parteitagen mit überwältigender Mehrheit erreicht. Ebenso erfreulich verhielt es sich mit der Verabschiedung des Entwurfs des Verschmelzungsvertrags. Für dieses Dokument, das die juristische Grundlage für die Vereinigung von Linkspartei und WASG bildet, sprachen sich bei uns 344 Delegierte (96,9 %) und bei der Wahlalternative 88 Prozent aus.

Damit liegt es nun bei uns allen. Denn jetzt sind in Übereinstimmung mit unserer Forderung nach einer Demokratisierung der Gesellschaft, die konsequenterweise in der eigenen Partei beginnen sollte, vom 30. März bis zum 18. Mai alle Mitglieder aufgerufen, den Zusammenschluss in einer Urabstimmung abzusegnen. Mit den Gründungsdokumenten, die die Basis für die Abstimmung darstellen, ist das Fundament für eine starke gesamtdeutsche Linke gelegt. Diese wird sich entsprechend ihrer vielfältigen Traditionen, die sich sowohl aus den Erfahrungen und Lehren unserer Partei aus dem gescheiterten real existierenden Sozialismus als auch derer der WASG im Westen Deutschlands speisen, weiterhin der Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems neoliberaler Prägung hin zum demokratischen Sozialismus verschreiben. An dieser grundsätzlichen Ausrichtung haben beide Parteitage keinen Zweifel gelassen und diese noch einmal bekräftigt.

Jetzt seid ihr gefragt …

Einladung

Der Ortsvorstand lädt am 13. April 2007 um 19.00 Uhr zur

M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g

in den Parkettsaal des Rathauses ein.

Kreisdelegiertenkonferenz

von Daniela Stoll

Hallo Leute,

ich möchte euch hier von der 2. Tagung der 8. Kreisdelegiertenkonferenz berichten. Sie fand am 31. März 2007 von 9.00 bis 13.00 Uhr im Kulturhaus in Seelow statt.

Bei der für mich nun 2. Kreisdelegiertenkonferenz, an der ich aktiv teilnehmen konnte, wurde auch gleich mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass es die letzte Konferenz in der Parteiform der PDS sein würde.

Wenn im Juni alles glückt, so wird die nächste Konferenz unter dem Namen „DIE LINKE“ stattfinden.

Der Kreisvorsitzende Bernd Sachse hat betont, dass die vereinigte Linke - bundesweit - noch mehr für eine linkspolitische Wahrnehmung sorgen muss. Mit ca. 12.000 neuen Mitgliedern muss die Partei ihr öffentliches Auftreten auffälliger gestalten. Die Medienwirksamkeit muss weiter erhöht und auch intensiviert werden.

Dagmar Enkelmann stellte fest, dass, gerade in der letzten Woche, wieder klar geworden sei, dass unsere Ideen und Gedanken in die richtige Richtung gehen. Denn wieso oder woher sonst hätte die SPD wohl die plötzliche Idee mit dem Mindestlohn?

Diesbezüglich kamen von unserer Seite schon vor längerer Zeit Anträge und es folgten nur Gegenreden.

Innerhalb des Forums herrschte Konsens, dass auch weiterhin Diskussionen zur Vereinigung der WASG und der PDS geführt werden müssen. Der organisatorische Aufbau muss, auch und gerade, während seiner Entstehung Gegenstand eines permanenten Überprüfungsprozesses bleiben.

Zur kommunalen Ebene ist hierbei mit zu sagen, dass die Bündnispolitik weiter gestärkt und durchgeführt werden muss. Nur gemeinsam mit anderen sind die hier notwendigen Zielumsetzungen möglich. Natürlich wird man Kompromissen dabei nicht aus dem Weg gehen können. Kompromissfähigkeit bedeutet hier Fortschritt, der Rest ist Stagnation, wie sie uns die Große Koalition auf Bundesebene vorführt.

Eine bürgerfreundliche Umsetzung von Wählerinteressen gehört seit jeher zu den Grundsätzen linker Politik. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Kommunalpolitisches Forum

von Corinna Gassmann

Durch den Koalitionsvertrag vom Oktober 2004 wird die Gesamtnovellierung der Kommunalverfassung als Koalitionsauftrag formuliert. Hiernach bekennen sich die Koalitionspartner zu starken Landkreisen, Städten und Gemeinden als Fundament für das Land und Ausdruck des politischen Gestaltungswillens seiner Menschen. Voraussetzung einer lebendigen Demokratie und eines toleranten Zusammenlebens ist ein ausreichender Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum der Kommune. So gilt es, die Eigenverantwortlichkeit unserer Landkreise, Städte und Gemeinden zu erhalten und möglichst auszubauen, Reibungsverluste zwischen Verwaltung und Mandatsträgern abzubauen sowie klare Verantwortungsstrukturen als Voraussetzungen für erkennbare Verantwortungen nach außen zu schaffen.

Das zur Erreichung dieser Ziele erarbeitete Eckpunktepapier wurde vom Ministerium des Innern am 14.11.2005 vorgelegt.

Bislang erfolgte dessen Diskussion lediglich in einem engen Kreis, in den die Kommunalvertretungen nicht einbezogen wurden. Um die beabsichtigte, grundsätzliche Novellierung jedoch zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, besteht die Notwendigkeit, die Diskussion hierzu zu öffnen und sowohl Kommunalvertretungen als auch Bürgerinnen und Bürger mit ihren Erfahrungen und Vorstellungen einzubeziehen.

Den Mittelpunkt der Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forum e.V. am 17.03.2007 in Potsdam bildend, stellte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) in Auseinandersetzung mit dem Eckpunktepapier zur Novellierung der Kommunalverfassung folgende Reformansätze der Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg vor:

Grundsatzfragen:

- Einführung der Direktwahl der Landräte bereits ab 2008, keine Öffnung der Kreistage für hauptamtliche Bürgermeister, kein Vorsitz des Hauptverwaltungsbeamten in der Vertretung kraft Gesetzes

Einzelfragen:

Wirtschaftliche Betätigung

- Lockerung des Örtlichkeitsprinzips, Ausweitung des Geltungsbereichs, Bindung an öffentlichen Zweck, Privatwirtschaft - kein Klagerecht für Dritte, Kontrolle kommunaler Gesellschaften durch Kommunalvertretung

Eigene Vorschläge:

- mehr direkte Demokratie schaffen (z. B. durch Bürgerkommune, Absenkung des Wahlalters etc.), verbindliche Festlegung zur Bildung kommunaler Petitionsausschüsse, Experimentierklausel in die Gemeindeordnung aufnehmen

Erklärtes Ziel ist die Umsetzung der Novellierung der Kommunalverfassung bis Ende 2007, damit diese bereits zu den Kommunalwahlen 2008 Gültigkeit besitzt.

Noch im April 2007 soll den Fraktionen der Referentenentwurf vorgelegt werden, im Juni soll dann der Kabinettsentwurf folgen.



Mindestlohnkampagne

Pressemitteilung der Landtagsfraktion Die Linke.PDS vom 29.03.2007

Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg haben die von der SPD initiierten Aufruf „Politik für gute Arbeit – Deutschland braucht Mindestlöhne“ unterzeichnet.

Dazu **erklären der Landesvorsitzende Thomas Nord und der arbeitsmarktpolitische Sprecher Christian Görke**:

Brandenburgs Linke nimmt SPD in Sachen Mindestlohn beim Wort

Wir freuen uns, dass die SPD nun endlich da anzukommen scheint, wo die Linke schon lange steht: Bei der Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Während der Regierungszeit von Rot-Grün wurde diese Position noch als undurchsetzbare linke Vision entschieden zurückgewiesen.

Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS-Landtagsfraktion nehmen mit ihrer Unterschrift unter den Aufruf zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland und damit auch in Brandenburg die SPD beim Wort.

Wir möchten den brandenburgischen Sozialdemokraten um Ministerpräsident Platzeck und Arbeitsministerin Ziegler den Rücken stärken, damit sie sich auf Bundesebene gegen die ablehnende Haltung ihres Koalitionspartners durchsetzen können. Denn eine Regierungspartei sollte nicht nur Unterschriften sammeln, sondern auch ihre politische Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Darüber hinaus hoffen wir, dass zahlreiche Brandenburgerinnen und Brandenburger die Unterschriftenaktion ebenfalls unterstützen.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher Christian Görke wird der Fraktion empfehlen, die Kernpunkte der SPD-Kampagne in Form eines Antrages in die April-Sitzung des Landtages einzubringen. Dann können die Sozialdemokraten unter Beweis stellen, dass ihre Mindestlohn-Kampagne mehr als eine PR-Aktion ist, um die Beziehungen zu den Gewerkschaften aufzufrischen.

Aus dem Ortsvorstand

von Werner Förster

Die Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 13. April 2007 zur Auswertung des Bundesparteitages und der Kreisdelegiertenkonferenz bestimmte den Inhalt der Beratung am 5. März.

Darin eingeschlossen wurden erste Festlegungen zur Öffentlichkeitsarbeit nach dem Gründungsparteitag im Juni dieses Jahres.

Dazu und von einer Zusammenkunft des „Rates der Alten" wird auf der Mitgliederversammlung informiert.

Erforderliche Festlegungen zur Teilnahme an der Maifeier in der Arche, so der Gestaltung und Besetzung unseres Standes, werden getroffen.

In Auswertung der Regionalkonferenz zur Leitbilddebatte in Brandenburg wurde über die Unterstützung der Veranstaltung von OWUS (23.03.2007) - so auch eingeschlossen den halbtägigen Arbeitsbesuch von Ralf Christoffers - beraten.

Nicht zuletzt sei auf Festlegungen zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Fortsetzung der Bildungsarbeit verwiesen.

Mit den Nachbarn im Gespräch...

So könnte das Motto lauten, wenn die Ortsorganisationen von Neuenhagen und Hoppegarten künftig gemeinsam ***Im Gespräch*** gestalten.

Sicher ist der Kooperationsvertrag mit Anlass, interkommunales Wirken auf diese Weise fortzuschreiben.

Genosse Dr. Frank Galeski aus Hoppegarten ist unser Partner, um das Kind zum Laufen zu bringen.

So schließt sich logisch ein Auszug aus einer Rede von Renate Adolph im Landtag (09.03.2007) zum Antrag der Fraktion zu „Grüne Gentechnik" als traditioneller Schritt an:

„Es wird offensichtlich, dass es dringend erforderlich ist, dem Einzug gentechnisch veränderter Organismen und dem weiteren Vordringen in die Nahrungskette Einhalt zu gebieten.

...

Der Verbraucher lehnt – das haben Umfragen gezeigt – mit über 70% Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Produkten ab.
Schließlich gehört die Gentechnologie zu den typischen Risikotechnologien, bei denen sich Nebenwirkungen erst mittel- und langfristig manifestieren. Dazu fehlen Langzeitstudien und eine Grundlagenforschung. Eine am gesundheitlichen Verbraucherschutz orientierte Lebensmittelpolitik muss Risiken für Verbraucher von vornherein vermeiden.

Wir teilen die Skepsis von Landwirten und Verbrauchern gegenüber gentechnisch veränderten Saatgut und Futtermitteln sowie Nahrungsmitteln und fordern eine Kennzeichnungspflicht. ...

Eine eindeutige Kennzeichnung der Produkte ist für die Wahlfreiheit und eine bewusste Kaufentscheidung unverzichtbar. Die jetzt geltenden Bestimmungen lassen dem Verbraucher keine Wahlfreiheit. Dabei ist gentechnikfrei nicht gleich gentechnikfrei, sondern gegebenenfalls bis zu 0,9 Prozent gentechnisch belastet. ... gentechnikfrei kann aber zu einem Qualitätsmerkmal werden! Dazu bedarf es echter gentechnikfreier Zonen, die eine ausreichende Größe erreichen. Der Verbraucher kann dann darauf bauen, dass nicht nur die Lebensmittel aus diesem Bereich 100% gentechnikfrei sind, sondern auch die Region, in die er reisen möchte, in der er sich erholen will.

Brandenburg steht vor der Entscheidung. Es kann als Land mit der derzeit größten Anbaufläche mit gentechnisch veränderten Organismen in den Ruf eines Agro-Gen-Landes geraten oder seinen Ruf als Natur- und Reiseland erhalten. Es kann damit ganz real seine Führung im Bereich des Bioanbaus verlieren – ein Zweig mit hohen Wachstumsraten.
Diese reichen aber bisher nicht einmal aus, die gestiegene Nachfrage der Verbraucher zu befriedigen.
Der Ökomarkt Berlins kann nicht ausreichend bedient werden.

Für das Land Brandenburg und die Ausrichtung seiner Nahrungsmittelerzeugung steht einiges auf dem Spiel.
In Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren – übrigens gegen den Widerstand der selben Leute, die für die Grüne Gentechnik eintreten – die Bioproduktion erfolgreich etabliert. Agrarbetriebe haben sich damit Standbeine geschaffen und Marktnischen erobert.

Wenn sich gegen diesen Trend der Anbau und die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen weiter verbreitet, gerät diese Entwicklung in Gefahr. Ökoprodukte sind eben gentechnikfrei und zwar vollständig. Das Verbrauchervertrauen in Bio darf durch Gentechnik nicht zerstört werden.

Eine echte Wahlfreiheit haben die Verbraucher nur, wenn der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen wirkungsvoll eingeschränkt wird. Die derzeit effektivste Methode ist die Bildung freier Regionen von gentechnisch veränderten Organismen.
Je mehr, desto besser – und nicht nur wegen des Images, sondern aus ethischen und ökonomischen Gründen ..."

Einladung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und
der Arbeitskreis Bildung / Öffentlichkeitsarbeit
laden zu einer offenen Diskussionsrunde zum Thema:

„Marx heute -
auf der Suche nach dem historischen Subjekt"

mit
Prof. Dr. Dieter Klein,
Vorsitzender der Zukunftskommission
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,

am Mittwoch, dem 25. April 2007 um 19.00 Uhr
in das Haus der Senioren ein.

Moderation: Prof. Dr. Günter Schippel

Hier werden die Symptome gelindert – die Ursachen liegen tiefer!

von Wolfgang Marx

Seit einigen Wochen kenne ich die „Strausberger Tafel“ näher. Ein völlig neues Gefühl ist entstanden. Redete man sonst rein rhetorisch über Armut und Hartz IV, so zeigen sich hier täglich die Auswirkungen von Sozialgesetzgebung und Wirtschaftspolitik.

Jedes Amt, jede Behörde ist natürlich bestrebt, eine positiv gefärbte Statistik abzuliefern. Doch hier an der Basis zeigen sich die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Lande direkt. Hier lässt sich nichts beschönigen. Es ist wohl kaum davon auszugehen, dass jemand freiwillig die Hosen herunterlässt, um sich an den Brosamen der Gesellschaft zu bereichern. Dem, der zur Tafel kommt, dem muss es schon gehörig schlecht gehen, bevor er sich entschließt, sich zu offenbaren.

Die „Strausberger Tafel“ – eine Einrichtung des Arbeitslosenverbandes - hat ihre Klientel im gesamten Landkreis Märkisch Oderland. Sie betreibt zwei Ausgabestellen. Eine befindet sich in Rüdersdorf. Hier werden die Bedürftigen Mittwoch versorgt. Die Hauptstelle ist in Strausberg. Hier sind montags und donnerstags oder dienstags und freitags Waren abzuholen.

Man soll sich das aber nun nicht so vorstellen, dass ein wohlüberlegter Einkaufszettel abgearbeitet wird, nein hier wird gegessen, was die Tafel hergibt. Es wird verteilt, was gerade da ist. Man lebt sozusagen von der Hand in den Mund. Da kann man dann nicht wählerisch sein. Mengenmaß ist ein Beutel. Für diese „Wundertüte“ ist eine kleine Spende erwünscht. Jede Bedarfsgemeinschaft ob groß ob klein bekommt einen Beutel.

Neben diesem Lebensmittelangebot stehen in Strausberg auch noch Möbel, Bekleidung und Hausrat sowie soziale Beratungen und eine Schreibstube zur Verfügung.

Waren es im Januar 2006 „nur“ 1566 Haushalte, die so versorgt wurden, ist die Zahl im Januar 2007 auf 1895 Haushalte gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von 68 Haushalten pro Tag auf 87 Haushalte pro Tag, die die Leistungen der Tafel in Anspruch genommen haben.

Sicher ist im Landkreis ein soziales Gefälle zu verzeichnen. Doch wenn man weis, dass auch aus dem im so genannten Speckgürtel gelegene Neuenhagen 26 Haushalte auf die Leistungen der Tafel zurückgreifen, dann ist das prozentual bezogen auf die Anzahl der Neuenhagener Haushalte nicht viel, doch wer kennt die Dunkelziffer?

Zu danken ist natürlich den Sponsoren. Sie sind es, die diese Form der Versorgung überhaupt ermöglichen. Wer oder was hindert sie, die Waren, die nur schwer oder auch nicht mehr zu verkaufen sind, einfach zu entsorgen? Letztendlich stellen auch das Aussortieren und die Bereitstellung zur Abholung einen zusätzlichen Arbeitsgang dar, der sicher nicht in der Kalkulation der Einzelhändler enthalten ist.

Unter den derzeit 59 Sponsoren sind auch Neuenhagener Händler, die regelmäßig für die Tafel spenden. Doch mit der wachsenden Anzahl der Tafelkunden steigt selbstverständlich auch der Bedarf an Spendern und Spenden.

Nicht zuletzt sei auch an die vielen fleißigen Helfer gedacht, die z.T. ehrenamtlich oder auch als MAE-Kräfte das Funktionieren der Tafel überhaupt ermöglichen.

Allen, die so durch Ihren persönlichen Einsatz versuchen, die gröbste Not zu lindern, ihnen sei hier an dieser Stelle gedankt. Sie können die Symptome lindern, die aus den gesellschaftlichen Umbrüchen der letzten Jahre resultieren. Die Ursache dieser Nöte ist jedoch gesellschaftlich bedingt. Eine Frage, die durch die Politik zu lösen ist. Doch wo ist die Lobby der kleinen Leute, die auf das Angebot der Tafel angewiesen sind?



Rente mit 67

von Norbert Kröcher

Mit großer Sorge habe auch ich den Beschluss des Bundeskabinetts, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre anzuheben, zur Kenntnis genommen. Wer vorher in Rente geht, soll -lebenslang- Abschläge hinnehmen müssen. Dabei soll weiterhin derjenige mit 65 Jahren ohne Abschlag in den Ruhestand treten können, der bereits 45 Jahre gearbeitet hat. Diese Bedingung erfüllen von den heutigen Versicherten ca. 22% der Männer und nur 4% der Frauen. Wenn aber heute schon nur ein geringer Teil der Bürger eine Lebensarbeitszeit von 45 Jahren erreicht, ist eine geforderte Verlängerung um zwei Jahre sinnlos. Der einzige Effekt liegt in einer realen Rentenkürzung.

Zunehmend wird gegenwärtig von Gewerkschaften, dem Sozialverband Deutschland (SOVD), dem Seniorenverband BRH im Deutschen Beamtenbund und Tarifunion, der Volkssolidarität und anderen energisch protestiert. In den Protesten wird zum Ausdruck gebracht, dass dieses „Rentenkürzungsprogramm“ zu vermehrter Armut, bedingt durch die neue Festsetzung des Renteneintrittsalters auf die Vollendung des 67. Lebensjahres, führt.

Ältere haben auf absehbare Zeit schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, der spätere Ruhestand bedeutet, dass sie noch länger arbeitslos bleiben, bevor sie - mit hohen Abschlägen - in Rente gehen können. Ein Anstieg der Vorruhestandsarmut ist zu befürchten.

Gegen die Rente mit 67 gibt es nur die besonders von der Partei *Die Linke* vertretene alternative Beschäftigungspolitik. Dazu gehört auch, dass sich Reiche, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, angemessen an den Staatsausgaben und vor allem an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beteiligen.

Die Sicherstellung eines Mindestlohnes von acht Euro brutto und Lohnerhöhungen auf breiter Basis würden einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, einschließlich der Rentenversicherung, leisten.

Das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard im Rentenalter, in dem man noch bei relativ guter Gesundheit ist, verlangt eine politische Bewegung, die, gestützt auf ein sozialistisches Programm, die Veränderung eines Wirtschaftssystems anstrebt, in dem eine winzige Minderheit auf Kosten der großen Mehrheit existiert.

Deshalb ist es notwendig, das Abstimmungsverhalten der Parteien im Bundestag zu entscheidenden sozialen Fragen zu veröffentlichen, um die Mehrheit der Wähler in die Lage zu versetzen, sich bei der nächsten Bundestagswahl richtig zu entscheiden.

Deshalb abschließend ein kurzer Überblick über die Beschlussfassung im Bundestag zur Rente mit 67:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne
Dafür	95,53%	95,65%	86,94%			
Nicht beteiligt	4,47%	4,35%	6,31%	11,48%	3,77%	
Dagegen			4,95%	55,52%	96,23%	100%
Enthalten			1,8%			

owus Der Offene Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen in Berlin und Brandenburg e.V. hatte am 23. März 2007 in die ARCHE Neuenhagen zum **Gespräch über die Mittelstandspolitik im engerem Verflechtungsraum von Berlin und Brandenburg** eingeladen.

Gesprächspartner auf dem Podium waren:

Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn/Hellersdorf,

Helmuth Markov, Mitglied des EU-Parlamentes, u. a. Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel und

Ralf Christoffers, Wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft.

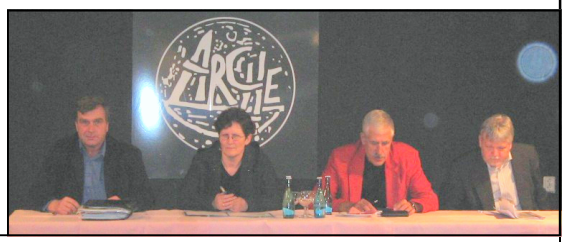
Der Raum war mit ca. 35 Gästen gut gefüllt, die Diskussion leitete **Detlef Militz**, stellv. Landesvorsitzender Berlin / Brandenburg.

Dagmar Pohle berichtete von einer guten Zusammenarbeit ihres Stadtbezirks mit der Großgemeinde Hoppegarten, auch wenn durch eine getrennte Förderungspolitik der Länder Berlin und Brandenburg hier durchaus Konkurrenzsituationen bestehen. Die Diskutanten unterstrichen mehrfach, dass Berlin und Brandenburg eine historisch gewachsene Wirtschafts- und Sozialregion darstellen und dafür eine gemeinsame Förderpolitik notwendig wäre. Ralf Christoffers forderte das von der Potsdamer Landesregierung auch deshalb ein, weil auf internationaler Ebene Brandenburg nur zusammen mit Berlin Erfolg haben kann. Interessant war dabei auch das Thema Mindestlöhne, deren Fehlen in Deutschland ausländische Investoren verunsichert, wie Helmuth Markov darlegte: Die nach der Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland dann möglichen Leistungen zu Dumpinglöhnen machen Investitionen am Standort Deutschland unkalkulierbar. Auch die Informationen darüber, dass die USA nach wie vor der größte ausländische Investor in der BRD sind, dass Bayern mehr EU-Fördermittel für sich einwirbt als die anderen Bundesländer, oder dass 40% des weltweiten russischen Stückgutexports über den Hamburger Hafen gehen, waren wohl für die allermeisten Zuhörer neu. Sicherlich ebenso die Zahlen aus dem nahe liegenden Marzahn-Hellersdorf: 17.000 Unternehmen wies Dagmar Pohle für den Stadtbezirk aus, davon aber 80% Ein-Mann/Frau Betriebe.

Nach den einleitenden Ausführungen der Diskussionsteilnehmer kam das Publikum zu Wort. Dabei wurde das Thema Ausschreibungen der öffentlichen Hand angesprochen und die dabei gewonnene Erkenntnis, dass immer das billigste Angebot den Zuschlag erhält. Kleine Unternehmen kommen hierbei selten zum Zuge, da finanzkräftige Firmen, meist aus der Ferne, wettbewerbsverdrängend agieren. Es wurde gefordert, dass die Erhaltung von kleinen Unternehmen stärker gefördert werden muss, da sie den überwiegenden Teil der Wirtschaftskraft ausmachen – die durchschnittliche Größe aller BRD-Unternehmen liege bei 11 Mitarbeitern. Auch das Thema Banken wurde erwähnt – mit diesen könne man als Unternehmer nur zusammen mit einem Rechtsanwalt verhandeln. Eine kritische Bemerkung galt auch dem Arbeitsrecht: Hier bekomme der Arbeitnehmer immer Recht. Ein weiteres Diskussionsthema war die ungleiche Behandlung verschiedener Berufsgruppen: Während die einen verbriefte Rechte für ihre Leistungen geltend machen können (Architekten, Rechtsanwälte, Notare, Schornsteinfeger – um nur einige zu nennen), müssen andere sich dem Wettbewerb stellen.

Es würde im Rahmen dieser kurzen Notiz zu weit führen, die Diskussion und ihre Ergebnisse ausführlich darzustellen zu wollen. Deshalb soll hier nur ein Gesamteindruck wiedergegeben werden, der, wie ich hoffe, von den anderen Gästen geteilt wird: Es ist nicht alles so aussichtslos, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Örtliches Engagement, Rahmenbedingungen der EU und der Länder geben einige Möglichkeiten, Beispiele belegen das. Es bleibt aber für die Politik noch vieles zu tun, sie muss auch dazu immer wieder angehalten werden. Solche Gespräche zwischen Politik und Unternehmen können da von Nutzen sein.

Dr. Klaus Biedka



Singapur – ein Synonym der asiatischen Entwicklungskraft

von Roswitha und Heinz Scharf

Singapur zeigt sich dem Besucher als bewegende Weltmetropole mit einem völlig anderen Gesicht als die bekannten europäischen Metropolen. Die Singapureaner, ihre Gesellschaft, ihr Leben, ihre Leistungen haben für uns Europäer eine fast magische Anziehungskraft.

Am 6. Februar 1819 deklarierte der Brite Sir Stamford Raffles die Gründung des späteren Staates Singapur und sicherte damit die Kontrolle der Insel durch die East-India-Company. Singapur wurde der wichtigste Hafen im British Empire.

Mit dem 2.Weltkrieg wurde die Entwicklung nicht nur Singapurs weit zurückgeworfen. Japan eroberte in einem brutalen Feldzug Malaysia und Singapur. Am 6. September 1945 wurde die Insel vom 3-jährigen japanischen Joch durch die Kapitulation Japans eine Woche nach Abwurf der Atombombe in Hiroshima befreit.

Die Politik Singapurs wird seit der Unabhängigkeit 1965 von der People's Action Party (PAP) dominiert. Von Kritikern wird Singapur daher mehr als Einparteienstaat eingeordnet, und der PAP werden oft rigide Handlungen gegen die (schwachen) Oppositionsparteien vorgeworfen. Auch das strikte Mehrheitswahlrecht trägt zur dominanten Stellung der PAP bei. Verstöße gegen die Wahlpflicht werden mit harten Strafen geahndet.

Trotz dieser Vorwürfe hat Singapur eine sehr erfolgreiche und transparente Marktwirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit betrug im Sommer 2005 nur 3,4 %, Tendenz weiter fallend. Die BIP-Wachstumsrate beträgt 8,1 %, der Staat ist schuldenfrei und verfügt über mehr als 100 Milliarden US$ als Währungsreserve.

Die Politik der PAP verfolgt ein groß angelegtes öffentliches Wohnraumprogramm und eine Dominanz staatlicher Unternehmen in der lokalen Wirtschaft. Das Zusammenspiel aus konfuzianisch orientierter Ethik und strengen Gesetzen ließ eine wohlhabende Gesellschaft entstehen, die eine der niedrigsten Kriminalitätsraten der Welt hat. Diese lag 1991 bei 1,94; vergleichsweise New York 10,1 oder Montreal 13,3. Das Strafenregister ist allerdings für uns Europäer nicht nachvollziehbar: Im Zeitraum von 1999 bis 2004 wurden 138 Personen mit dem Tode bestraft, meist für Mord und den Besitz schon geringster Mengen Rauschgift. Die Verhängung der Prügelstrafe ist in Singapur durch Gesetz für 41 Delikte zwingend vorgeschrieben. In den öffentlichen Verkehrsmitteln werden hohe Geldstrafen z. B. für Rauchen oder Essen verhängt, das Wegwerfen von Müll auf der Straße ist sehr teuer, es herrscht generelles Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, öffentlichen Verkehrsmitteln und Restaurants.

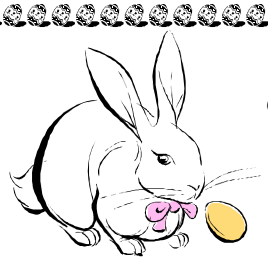
Noch eine bedeutsame Besonderheit: Bildung und Ausbildung haben in Singapur einen herausragenden Stellenwert. 2004 wurden 21 % des Gesamtbudgets für Bildung ausgegeben. Das ist nach den Ausgaben für die Landesverteidigung der größte Etat im Staatshaushalt. Die Förderung von Bildung und Bildungseinrichtungen nimmt eine zentrale Rolle in der Staatspolitik ein. Die verstärkte Nutzung von Wissenschaft und Hochtechnologie soll Singapurs Spitzenplatz in der Weltwirtschaft bewahren.

„Weniger Pauken - Mehr Lernen", ist eine der Zielstellungen.

Rosis Bücherecke

Termine im April / Mai

02.04.07, 18.30 Uhr	**Vorstandssitzung** in der „Arche“
08.04.07, ab 14.00 Uhr	**Ostermarsch** für eine **„Freie Heide“,** Kirche in Fretzdorf
13.04.07, 19.00 Uhr	**Mitgliederversammlung** im Parkettsaal Rathaus
19.04.07, 14.00 Uhr	**Seniorenbeirat**, öffentliche Sitzung, Haus der Senioren
19.04.07, 18.00 Uhr	**Gemeindevertretertagung** im Rathaus
20.04.07, 15.30 Uhr	**Kaffeegespräch** in der Café-Bar Louni
20.04.07, 20.00 Uhr	**„Gespräche über Deutschland“** mit Siegbert Scheffke
21.04.07, ab 10.00 Uhr	**Großer Bücherflohmarkt,** Veranstalter: Buchhaus Bünger/Gemeindebibliothek, Bahnhofsvorplatz
25.04.07, 18.00 Uhr	**„Highlight Thailand“,** Vortrag mit Bild und Ton, Haus der Senioren
25.04.07, 19.00 Uhr	**Diskussionsrunde** des Arbeitskreises Bildung/ Öffentlichkeitsarbeit zum Thema: **„Marx heute - auf der Suche nach dem historischen Subjekt“** mit Prof. Dr. Dieter Klein, Haus der Senioren
30.04.07, abends	Traditionelles **Maifeuer** auf der Freifläche am Gruscheweg
01.05.07, ab 10.00 Uhr	**Maifest** auf dem Hof der „Arche“
02.05.07, 18.00 Uhr	**Mit dem Botschafter der Republik Kuba im Gespräch,** Klub am See, Strausberg



Der Vorstand wünscht allen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten ein frohes und gesundes Osterfest!

Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag im April 2007

Corinna Gassmann
Vera Näser
Maria Scheweleit
Helmut Günther
Peter Komischke
Helmut Lähner
Uwe Pruskil
Joachim Werner
Erich Zschaler

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.PDS - Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an: Dr. Arno Gassmann, Niederheidenstraße 26, 15366 Neuenhagen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung Sinn wahrend zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck des „Informationsblattes“ wird durch Spenden finanziert.

Im Gespräch

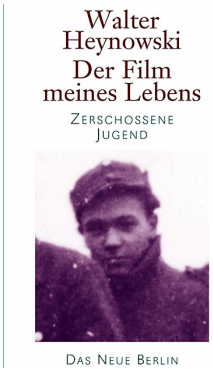
kann auch unter
http://www.pds-neuenhagen.de/info.htm
als PDF-Datei herunter geladen werden!

Buchempfehlungen vom Buchhaus Bünger



Ronald Friedmann „Ulbrichts Rundfunkmann - Eine Gerhart-Eisler-Biographie“

Gerhart Eisler, der ältere Bruder des Komponisten Hanns Eisler und der KPD-Vorsitzenden Ruth Fischer, wurde von den Nazis gejagt, dann vom FBI; er saß vier Jahre in den USA in Haft und floh als blinder Passagier nach Großbritannien.
Ein Leben immer an der Front des Klassenkampfs und des Kalten Krieges. Im Auftrag der DDR-Regierung ist Gerhart Eisler für Presse und Rundfunk bis 1953 zuständig, wird nach dem 17. Juni abgesetzt, 1955 rehabilitiert. Bis zu seinem Tod 1968 ist er Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Rundfunk. Ronald Friedmanns spannende Biographie ist die erste über diese schillernde Figur der Zeitgeschichte.



Walter Heynowski „Der Film meines Lebens“

Heynowski, Zeitschriften- und Verlagsgründer, Fernsehmacher und Dok.-Filmer, Akademiemitglied, mehrfacher Nationalpreisträger, auch im Ausland vielmals ausgezeichnet, Protagonist der DDR-Kultur. In seinen Erinnerungen, einem großen, literarisch bedeutsamen Wurf, blickt er auf sein Leben und auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts zurück. Mit ihm tritt ein weiteres Mitglied der sog. Flakhelfergeneration autobiographisch in Erscheinung. Anders aber als Joachim Fest oder Günter Grass besitzt Heynowski nicht nur die erzählerischen, sondern auch die analytischen Fähigkeiten zur Darstellung seines ebenso typischen wie individuellen Schicksals und der historischen Umstände, die es prägten. Es gelingt ihm, mit den Mitteln und dem Blick des Filmemachers über seine Jugend in Nationalsozialismus und Krieg überraschend Neues und Interessantes zu erzählen. Seine Selbstbefragung ist ehrlich ohne Koketterie, gründlich und schonungslos auch in der Sicht auf Familie, Generation und Epoche. Die geschickte Einwebung aussagekräftiger Dokumente gibt dem Buch die Kraft und Anschaulichkeit, die auch Heynowskis Filme auszeichnete.